

sten pro qm bei 2.000 Yuan und damit unter der Hälfte des üblichen Marktpreises liegen, können sich viele städtische Beschäftigte mit ihrem Durchschnittseinkommen von 5.000 Yuan pro Jahr diese Wohnungen noch nicht leisten. Allerdings gibt es noch andere Gründe, warum die Nachfrage für diese Wohnungen nicht besonders hoch ist. So befinden sich diese Häuser oftmals in den Randbezirken der Städte, die erst eine unzureichende Infrastruktur besitzen. (SCMP, 21.3.98)

Innerhalb von zwei Jahren soll weiterhin die Reform der Krankenversicherung abgeschlossen sein. Bis dahin sollen alle staatlichen Beschäftigten ihre eigenen Krankenversicherungen besitzen. Von den Löhnen und Gehältern soll dann ein bestimmter Prozentsatz für die medizinische Versorgung abgezogen werden. Gleichzeitig sollen den Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen Bankkredite zur Verfügung gestellt werden.

Während diese Reformen in den reicheren Städten der Küstenprovinzen sicherlich relativ problemlos umgesetzt werden können, ist durchaus mit größeren Anpassungsschwierigkeiten in anderen Regionen zu rechnen. So sind beispielsweise die Beschäftigten in Nordostchina durch die Konkurse der Staatsbetriebe hart getroffen, und die Bevölkerung hat dort vielfach nur einen Mindestlohn, mit dem die Lebensmittel gekauft werden können. (SCMP, 25.3.98) -schü-

---

## SVR Hongkong

---

### 36 Engere Kooperation mit der Provinzregierung Guangdong

Am 30. März trafen die Regierungen der SVR Hongkong und der benachbarten Provinz Guangdong der VR China zu einem ersten Treffen zusammen. Die von Tung Chee-hwa im letzten Herbst angekündigte engere grenzübergreifende Zusammenarbeit soll künftig durch zweimal jährlich stattfindende Treffen der jeweiligen Regierungschefs untermauert und verstetigt werden. Ziel ist eine engere Abstimmung der regionalen Politik insbesondere in den Bereichen Infrastruktur- und Technologieent-

wicklung, Investitionsförderung, Umweltschutz, Grenzverkehr sowie Nahrungsmittel und Wasserversorgung. (SCMP, 9.4.1998; Xinhua, 25.3.1998; AWSJ, 31.3.1998)

An dem ersten Treffen, das vornehmlich der Kontaktherstellung und Vorgesprächen diente, nahmen in jeweils größeren Delegationen auf seiten Hongkongs Regierungschef Tung Chee-hwa und Verwaltungschefin Anson Chan sowie auf seiten Guangdong Provinzgouverneur Lu Ruihua und sein Stellvertreter Wang Qishan teil. Die Beijinger Zentralregierung war durch den Direktor des Amtes für Hongkong- und Macau-Angelegenheiten des Staatsrates, Liao Hui, vertreten.

Der Gouverneur Guangdong, Lu Ruihua, hob die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit insbesondere in der Entwicklung von Infrastruktur und Informationstechnologie hervor. In Wachstumsbereichen der regionalen Wirtschaft sei eine enge Abstimmung und Arbeitsteilung zwischen Hongkong und Guangdong erstrebenswert, die eine Duplizierung von Investitionen und die Schaffung von Überkapazitäten möglichst ausschließe. Die „Koordination“ der Wirtschaftspolitik zwischen Hongkong und Guangdong beschrieb der Stellvertretende Provinzgouverneur Wang Qishan als wichtigstes Ziel der Regierungsgespräche.

Die nun angelaufenen hochrangigen Direktkontakte zwischen den Regierungen Hongkongs und der Provinz Guangdong sind bemerkenswert, da solche politischen Verbindungen vor dem Souveränitätswechsel in Hongkong von Beijing äußerst mißtrauisch betrachtet und weitgehend verhindert worden waren. Eine von wirtschaftlichen Interessen getriebene „Kollusion“ zwischen Hongkong und Guangdong in einem übergreifenden kantonesischen Wirtschaftsraum konnte zu Zeiten der britischen Kolonialherrschaft von Beijing nicht geduldet werden. Die Zentralregierung scheint nun aber ein entspannteres Verhältnis gegenüber wirtschaftspolitischen Abstimmungsbemühungen im kantonesischen Raum gewonnen zu haben. Die angestrebte Koordination in Infrastruktur- und Technologiefragen wird zur weiteren Wirtschaftsintegration zwischen Hongkong und Guangdong beitragen. -hei-

### 37 Diskussionen um freie Meinungsäußerung der Medien

Im März gab es in Hongkong erhitze Diskussionen über eine mögliche Beschränkung der freien Meinungsäußerung der Medien. Anlaß war die Äußerung eines Hongkonger Delegierten der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, die Anfang März in Beijing tagte. Auf der Tagung hatte der Hongkonger Delegierte Tsui Sze-men (Xu Simin) moniert, daß der öffentliche Sender RTHK (Radio Television Hong Kong) die Beijinger Regierung sowie die SVR-Regierung und deren Chef Tung Chee-hwa kritisiere. Er sei zwar nicht gegen Pressefreiheit, aber er sei der Meinung, daß der Sender stärker kontrolliert werden müsse, zumal es sich um einen öffentlichen Sender handle. Tung Chee-hwa selbst distanzierte sich in Beijing nicht von diesen Äußerungen, sondern sagte lediglich, man müsse das Problem langsam angehen. Seine Reaktion heizte die Debatte in Hongkong zusätzlich an. (Vgl. SCMP, Internet ed., 6.3.98; *Ta Kung Pao*, Hongkong, 5.3.98, nach SWB, 7.3.98) Die amtierende Chefin des Senders, Anson Chan, wertete die Äußerungen als Angriff auf die Pressefreiheit in Hongkong und auf den Grundsatz „Ein Land, zwei Systeme“. Sie kritisierte insbesondere, daß die Äußerungen in Beijing gefallen waren, denn dies erwecke bei der Hongkonger Bevölkerung den Eindruck, man fordere eine Intervention der Zentralregierung in Hongkonger Angelegenheiten. Es sei jedoch von größter Wichtigkeit, das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ genauestens einzuhalten. (RTHK Radio 4, Hongkong, engl., 5.3.98, nach SWB, 6.3.98)

Der Vorfall zeigt, wie empfindlich die Öffentlichkeit in Hongkong reagiert, wenn die Autonomie eingeschränkt zu werden droht. Allerdings scheint es so, daß die Angelegenheit hochgespielt wurde und die Reaktionen übertrieben sind. Zum einen dürfte der Delegierte Tsui Sze-men kaum die Autorität, geschweige denn die Macht haben, in dieser Sache etwas zu bewirken. Zum anderen schnitt Tsui kein neues Thema an; vielmehr wird über den RTHK in Hongkong schon seit längerer Zeit diskutiert. Hinter der Debatte stehen zwei verschiedene Auffassungen von einem aus öffentlichen Mitteln finanzierten Sender. Frau Chan ist der Meinung, daß es Aufgabe und Pflicht einer öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt sei, die Politik der Regierung zu veröffentlichen und zu analysieren und daß die

Öffentlichkeit ein Anrecht auf alternative Ansichten habe (ebd.). Die gleiche Meinung wird von den großen unabhängigen Zeitungen vertreten (s. den Kommentar in SCMP, Internet ed., 6.3.98). Demgegenüber vertreten Leute wie Tsui Sze-men die Auffassung, daß es die Aufgabe eines öffentlichen Senders wie RTHK sei, die Politik der Regierung in positivem Lichte darzustellen und die Regierungspolitik zu propagieren (*Ta Kung Pao*, 5.3.98, a.a.O.). Vor allem dürfe eine öffentlich finanzierte Institution nicht die Regierung lächerlich machen (SCMP, Internet ed., 7.3.98). Grund für diese letzte Äußerung scheint es durchaus zu geben, auch andere Stimmen für eine kritische Einschätzung des RTHK ließen sich anführen (vgl. *Hsin Pao*, Hongkong, chin., 5.3.98, nach SWB, 6.3.98). Hier spielt sicherlich auch eine Rolle, daß bei dem harten Wettbewerb auf dem Hongkonger Medienmarkt die Gewinnung hoher Leserzahlen und Einschaltquoten das Geschäft bestimmt. Insofern kommt die angefachte Debatte dem RTHK sicherlich nicht ungelogen.

Im übrigen gibt es keinerlei Anzeichen, daß Beijing den Fall für seine Zwecke ausnützen und die Pressefreiheit in irgendeiner Weise einschränken könnte. Ganz im Gegenteil, sowohl der Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz Li Ruihuan als auch Staatspräsident Jiang Zemin selbst bekräftigten in diesem Zusammenhang, daß eine Einflußnahme in Hongkonger Angelegenheiten von seiten der Zentrale nicht in Frage komme. Dies kann durchaus als Hinweis gelten, daß die politische Führung in Beijing die Kritik an RTHK mißbilligt hat (vgl. dazu RTHK Radio 3, Hongkong, engl., 9.3.98, nach SWB, 11.3.98). -st-

### 38 Steigende Arbeitslosigkeit

In den letzten drei Monaten bis Ende Februar d.J. stieg die Arbeitslosenquote in Hongkong auf 2,9% gegenüber 2,5% im dreimonatigen Vergleichszeitraum September bis November 1997. Damit erreichte die Arbeitslosigkeit ihr höchstes Niveau seit dem letzten Vierteljahr des Jahres 1995, als die Arbeitslosigkeit bei 3,5% lag.

Zum chinesischen Neujahr in Hongkong besteht bei den Unternehmen die Tradition, notwendige Anpassungen der Arbeitskräftestruktur durchzuführen. Zu den damit verbundenen Entlassungen kamen in den letz-

ten Monaten auch die Auswirkungen der Asienkrise auf Hongkong hinzu. Hierzu zählt u.a. der rückläufige Tourismussektor mit niedrigerer Nutzung der Hotelkapazitäten, Restaurants, Einzelhandelsgeschäfte und Vergnügungsstätten.

Nach Einschätzung von Vincent Kwan, Chefökonom der Hang Seng Bank, könnte die Arbeitslosenquote in diesem Jahr sogar auf 3,3% steigen.

Mit dem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Dynamik war auch eine geringere Bereitstellung neuer Arbeitsplätze durch den privaten Sektor verbunden. Die von der Hongkonger Regierung angekündigten Aktivitäten im Wohnungsbau und beim Bau neuer Infrastruktur könnten zumindest im beschränkten Maße zusätzliche Stellen schaffen. (AWSJ, 12.3.98; IHT, 17.3.98; SWB FE /D 3178/CNS, 18.3.98) -schü-

### 39 Hohe Ausleihungen der Banken für Hypothekenkredite und fallende Immobilienpreise

Während in vielen asiatischen Nachbarländern der hohe Anteil der Hypothekenkredite an den Bankkrediten aufgrund der fallenden Immobilienpreise zu extremen Problemen geführt hat, scheint Hongkong von dieser Entwicklung ausgenommen zu sein.

In einem Artikel im *Asian Wall Street Journal* vom 12.3.98 wird darauf hingewiesen, daß zwar 44% der Kredite 1997 auf Immobilienkredite entfielen, die Immobilienkredite jedoch zu 53% für Wohnungen vergeben worden waren. Die Besitzer der Wohnungen würden trotz der hohen Verluste durch den Rückgang der Immobilienpreise um 30% in den letzten fünf Monaten an der Bedienung ihrer Kredite festhalten. Selbst wenn ein Teil der Immobilienkredite an Entwicklungsgesellschaften und Investmentunternehmen uneinbringlich würden, könnten sich die Banken im allgemeinen darauf verlassen, daß die privaten Wohnungsbesitzer alles versuchen würden, um nicht in Zahlungsverzug mit ihrer Kreditrückzahlung zu kommen.

Einem Bericht der Regierung über die Situation der lokalen Banken scheint diesen Trend zu bestätigen. So waren nur 0,65% der Hypothekenkredite mehr als 30 Tage überfällig. In den USA beispielsweise liegt dieser Prozentsatz mit 3,71% weitaus höher. (AWSJ, 12.3.98) -schü-

## Macau

### 40 Kauf eines Flugzeugträgers von der Ukraine

Eine Macauer Firma namens *Agencia Turistica e Diversoes Chong Lot Limitada (ATDCLL)* wird Pressemeldungen zufolge von der Ukraine den Flugzeugträger „Warjag“ für 20 Mio.US\$ erwerben, um ihn zur Hotel-, Geschäfts- und Vergnügungsanlage in den Gewässern der portugiesischen Enklave umzubauen. Macau ist wirtschaftlich auf den Tourismus angewiesen, aber die flachen Gewässer um das Territorium sind für große Schiffe zum Anker kaum geeignet. Außerdem ist die Firma erst seit letzten August bei den Behörden registriert und verfügt über ein Kapital von nur 125.000 US\$, weswegen man dem Kauf des Flugzeugträgers voller Skepsis gegenübersteht. Da Macau im Dezember 1999 an die VR China zurückgegeben wird, gibt es Spekulationen, daß Beijing hinter der ATDCLL steht.

Die Warjag war ursprünglich für die sowjetische Flotte bestimmt. Nach der Auflösung der Sowjetunion war sie zu zwei Drittel fertig, wurde dann aber von den Ukrainern nicht weiter gebaut. Beijing soll sich an der Warjag interessiert gezeigt haben. Im Dezember letzten Jahres meldeten die *Moscow News*, daß die VR China bereit sei, das Schiff zum Schrottpreis von 200 US\$ pro Tonne zu kaufen. Noch im Februar d.J. zitierte die ukrainische Nachrichtenagentur *Unian* Regierungsbeamte mit den Worten, „der wahrscheinlichste Käufer“ sei China. Am 17. März jedoch gab die ukrainische „Behörde für Entwicklung und Europäische Integration“ als Verkäufer des Schiffes der ominösen Firma aus Macau den Zuschlag. Der Direktor der Behörde, Roman Shpek, sagte im Fernsehen, daß der Vertrag schon in einem Monat unterzeichnet werde. Die ukrainische Seite verbiete den Gebrauch der Warjag für militärische Zwecke.

Der Asienexperte der renommierten Zeitschrift *Jane's Defense Weekly*, Robert Karmiol, vermutet, daß China das Schiff zerlegen werde, um so die Technologie zum Bau eines Flugzeugträgers zu erlernen. Die Regierung von Macau macht keinen Kommentar zu der Meldung, läßt aber ver-